

Posener Zeitung.

Neunziger Jahrgang.

Aunoneen
Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmitz. 17.)
bei C. J. Illric & Co.
Breitestraße 20,
in Grätz bei J. Streissand,
in Meseritz bei H. Matthias,
in Wreschen bei J. Jadesohn.

Nr. 625.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierjährlich für die Stadt Posen 2½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 25 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des Deutschen Reiches an.

Amtliches.

Berlin, 5. Sept. Der König hat dem General-Intendanten der königlichen Schauspiele, Kammerherrn v. Hülsen, den Roten Adler-Orden erster Klasse mit dem Emaille-Bande des königlichen Kronen-Ordens, mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe, verliehen.

Politische Uebersicht.

Posen, den 6. September.

In der am 4. September abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths legte der Vorsitzende die Beschlüsse des Reichstags vor, betreffend die am 6. Mai 1882 unterzeichnete internationale Konvention zur polizeilichen Regelung der Fischerei in der Nordsee außerhalb der Küstengewässer und den Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung dieser Konvention; den am 12. Juli d. J. unterzeichneten Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Spanien. Dem von dem Reichstage angenommenen Entwurfe eines Gesetzes betreffend die Ertheilung der Indemnität für die durch die Bekanntmachung vom 9. August 1883 angeordneten Zollermäßigung, sowie die Verallgemeinerung der Zollermäßigung in den Tarifen A. zu dem deutsch-italienischen und dem deutsch-spanischen Handels- und Schiffahrtsverträge, ertheilte die Versammlung ihre Zustimmung. Den zuständigen Ausschüssen wurden zur Vorberatung überwiesen: die Resolution des Reichstags wegen Ermäßigung des Zolles auf Kakao in Böhmen; der Beschluss des Reichstags zu den Petitionen wegen Ermäßigung des Zolles auf Rosinen und Korinthen; die Rechnung der Kasse des Rechnungshofs für 1881/82 befußt deren Dechirgirung. Nachdem auf Anregung des Herrn Reichskanzlers eine Änderung der Artikel „Weinbeeren“ und „Weinmaische“ des amtlichen Waarenverzeichnisses beschlossen worden war, fasste die Versammlung Beschluss über die geschäftliche Behandlung zahlreicher Eingaben von Privaten.

Die „Prov.-Korresp.“ schließt in einem Rückblick auf die Reichstags-Session mit dem Hinweis auf neue, Kraft und Zeit in hohem Maße fordernde Anstrengungen, welche unauflöslich bevorstehen. Wenn die Reichsregierung mit Rücksicht darauf die Verabschiebung des Reichstags zu einer außerordentlichen Session ursprünglich hatte vermeiden wollen, so ist kaum anzunehmen, daß sie die Absicht hat, die nächste ordentliche Session erst im Februar d. J. beginnen zu lassen. Indessen scheinen bisher die sozialpolitischen Vorlagen, namentlich die Umarbeitung des Unfallversicherungsgesetzes, welche die Hauptaufgabe der Session bilden sollen, noch sehr im Rückstande zu sein. Falls diese Vorarbeiten rasch genug gefördert werden können, ist, wie man hört, die Feier der Grundsteinlegung für das definitive Reichsgesäubude für den 18. Januar d. J., den Tag der Proklamierung des deutschen Kaiserreichs, in Aussicht genommen.

Im Wahlkreise Liebenwerda-Torgau ist eine Reihe von Monaten experimentiert worden, um eine konservative Wahl zu erzielen. Über diese Experimente hat die Wählerschaft von Liebenwerda-Torgau gestern ihr Urtheil gefällt. Die Wahl des liberalen Kandidaten Justizrat Dr. Horwitz ist sicher. Bis jetzt liegen die Resultate aus 92 Wahlbezirken (von 171) vor. Aus denselben hatte Dr. Horwitz 5874, Dr. Clauswitz 2294 Stimmen erhalten. Im Oktober 1881 hatte Dr. Horwitz überhaupt nur 4733, Dr. Clauswitz 4969 Stimmen erhalten. Erfreulich ist es, daß in vielen ländlichen Bezirken die Stimmengen der Liberalen noch mehr zugenommen hat, die der Konservativen noch mehr zurückgegangen ist, als in den Städten. In einer Reihe von Wahlbezirken waren die orthodoxen Pastoren die eifrigsten Agitatoren für die Konservative Partei, und gerade in diesen Bezirken ist die Zunahme der liberalen, der Rückgang der konservativen Stimmen am stärksten.

In der ungarisch-kroatischen Angelegenheit ist augenblicklich ein Stillstand eingetreten, der aber nichts Beruhigendes hat, da alle Anzeichen darauf deuten, daß die Kroaten fest entschlossen sind, im Widerstand zu beharren. Die politische Spannung hat sich mit der Abreise des Generals von Namberg nach Agram zur Übergabe der gesamten Verwaltung Kroatiens noch gesteigert und schon die nächsten Tage müssen den Beginn der Entscheidung bringen. Wie aus den offiziellen Mitteilungen, die den Blättern zugänglich gemacht werden, hervorgeht, ist der königliche Kommissar mit allen Mitteln ausgerüstet, um den ihm gewordenen Auftrag der Wiederaufrichtung der mit ungarischer und kroatischer Aufschrift versehenen Wappenschilder auszuführen. In Kroatien ist während der Dauer der Verwaltung durch den Kommissar der Ausnahmestand eingeführt und auch der regelmäßige Zusammentritt des kroatischen Landtages unterbleibt. Ein Banus wird selbstverständlich vorerst nicht ernannt. — In Ungarn dauern trotz des Wollens der Standgerichte die antisemitischen Unruhen fort.

Den französischen Royalisten war der Kondensatsbesuch, welchen der Kaiser von Österreich dem Grafen von

Donnerstag, 6. September.

Seitens 50 Pf. die schwanzlose Peitsche oder deren Baum, Stoffen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer 555 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1883.

Paris abgestattet hatte, bedenklich zu Kopfe gestiegen, so sehr, daß sich das offiziöse Wiener „Fremdenblatt“ zu folgendem lateinischen Dementi bewogen sieht, über dessen Provenienz man nicht im Zweifel sein kann.

Der Besuch des Kaisers von Österreich bei dem Grafen von Paris, welcher mit Recht allseitig als eine große Auszeichnung angesehen wurde, wurde vornehmlich von den Anhängern des Grafen in einer über die wirkliche Tragweite dieses Besuches weit hinausgehenden Weise aufgefaßt. Der Besuch des Kaisers bei dem mit mehreren Mitgliedern des kaiserlichen Hauses verwandtschaftlich verbundenen Grafen von Paris trug einen rein persönlichen Charakter, wie solcher auch in dem freundlichkeitlichen Verfahre mit dem Grafen Chambord lange Jahre offen hervorgetreten ist. Diese Beweise rein menschlicher Sympathie und vollendet Höflichkeit, die seitens des Kaisers vielen hohen Persönlichkeiten, so erst vor wenigen Jahren der Wittelsapoleons III. zu Theil geworden, haben an sich allerdings hohen Werth, bedürfen und gestatten aber nicht eine Deutung, welche der Graf von Paris selbst nicht im Entferntesten zulassen wird.

Dies ist deutlich gesprochen und wird die Herren Royalisten, welche in Kaiser Franz Joseph bereits einen Bundesgenossen gewonnen zu haben glaubten, etwas abkühlen. Im Übrigen ist die in Aussicht gestellte Spaltung im royalistischen Lager nicht eingetreten; vielmehr soll das Verhalten der Gräfin Chambord, die vollständig unter jesuitischem Einfluß steht und das Prätendententhum auf den französischen Thron auf die Person des Don Carlos von Spanien übertragen möchte, eine der befürchteten ganz entgegengesetzte Wirkung hervorgebracht haben. Die Royalisten sollen gegenwärtig einiger sein, denn jemals vorher.

Der Konflikt Frankreichs mit China ist zwar offen noch nicht zum Ausbruch gekommen, doch ist die Lage, wie allseits bestätigt wird, überaus ernst und kritisch. Die aus London über Hongkong gemeldete demonstrative Grenzüberschreitung seitens der chinesischen Truppen ist anderweitig noch nicht bestätigt worden, doch sieht man selbst in Paris die Unhaltbarkeit der französischen Position in Tonkin und Annam ein. Der zwischen Frankreich und Annam geschlossene Vertrag wird von China, das seine Suzeränitätsrechte in letzter Zeit wieder nachdrücklich geltend macht, gar nicht anerkannt, weil derselbe angeblich nicht mit dem legitimen Herrscher abgeschlossen worden sein soll. Übrigens giebt sich Frankreich, wie es scheint, aufrichtig Mühe, den drohenden Konflikt noch in letzter Stunde gütlich beizulegen, und es hat in der That allen Grund hierzu. Aus London wird über diesen letzten Versuch berichtet: „Der chinesische Gesandte Marquis Tseng begibt sich heute nach Paris, um die Unterhandlungen fortzusetzen.“ Die englische Presse thut ihr Möglichstes, um eine kriegerische Verwickelung abzuwenden aus dem einfachen Grunde, weil der englische Handel einen ungeheuren Schaden erleiden müßte.

Privatdepeschen aus Rom melden, daß Zentralkomitee in Neapel für die Opfer von Ischia habe jede weitere Unterstützung aus Frankreich in Folge der für den König Humbert und Italien beleidigenden Artikel Rochefort's zurückgewiesen. Das Komitee hält die französischen Unterstützungen für eine nationale Demütigung.

Die in Aussicht genommene Kommission zur Regelung der Judenfrage in Rußland hat vielfache Hoffnungen erregt, da verlautete, daß der Vorsitzende derselben, der ehemalige Justizminister Graf Pahlen für die Lösung im Sinne der Gleichberechtigung der Juden mit den Christen sei. Die Wiener „Deutsche Blg.“ bringt nun eine Nachricht, welche beweist, wie wenig diese Hoffnungen Berechtigung haben. In Angelegenheit der in Rußland domizillirenden österreichischen Juden bleibt nämlich der Uta, welcher die Ausweisung der österreichisch-ungarischen Juden aus Rußland mit dem 1. Januar 1884 verordnet, unwiderruflich in Kraft, da alle von der Diplomatie zur Aenderung des Uta geschehenen Versuche gescheitert sind.

Aus Port-Saïd berichtet das Neuter'sche Bureau: „Die Cholera-Quarantine ist aufgehoben; die Durchfahrt durch den Suezkanal erfolgt wieder wie vor dem Auftreten der Cholera; die englischen Truppen kehren nach Kairo zurück.“ Aus Kairo werden Erkrankungsfälle nicht mehr gemeldet. Dagegen treibt die Epidemie noch an einigen anderen Punkten ihr Wesen. Von neuen Präventivmaßregeln meldet der „R.-Anz.“: Nachdem in Sumatra auf Sumatra die Cholera epidemisch aufgetreten ist, hat der Gesundheitsrat in Alexandrien gegen Provenienzen von dort die vorgeschriebenen Quarantänemaßregeln in Kraft gesetzt. — Durch Reskript des norwegischen Justiz- und Polizei-Departements vom 28. v. M. sind Syrien und Smyrna für mit Cholera infizirt erklärt worden. Fahrzeuge, welche Cholera-kranken an Bord haben und für norwegische Häfen bestimmt sind, sollen an die Quarantine-Einrichtung in Christiania sand verwiesen werden.

Briefe und Zeitungsberichte.

+ Berlin, 5. September. Die Bemühung der reaktionären Presse, aus der natürlichen Erregung der Bevölkerung Berlins über das schreckliche Eisenbahnglück in

Stegitz Kapital zu Ungunsten der liberalen Partei zu schlagen, welche in der letzten Landtagsession die unverhältnismäßig hohe Summe von 422,000 Mark für den Umbau des dortigen Bahnhofs abgelehnt habe, ist ohne Erfolg geblieben. Minister Maybach selbst hat Sorge dafür getragen, daß diesen Fasinationen der Boden entzogen wurde. Der Minister hat, wie die Zeitungen melden, eine Reihe von Anordnungen getroffen, welche neue Unglücksfälle auf der Station Steglitz verhütten sollen; wie die außerordentlich naheliegende, daß Lokalzüge erst nach erfolgter Durchfahrt der Courierzüge in den Bahnhof einfahren dürfen. Da in dem Bericht des Eisenbahnbetriebsamts Berlin-Magdeburg erwähnt ist, daß der nach Berlin bestimmte Zug am Sonntag mehrere Wagenlängen weiter, als beabsichtigt war, in den Bahnhof Steglitz eingefahren ist, so scheint die jetzt auf Veranlassung des Ministers erlassene Anordnung lediglich die Erneuerung einer bestehenden Vorschrift zu sein, deren strikte Befolgung das Unglück vom 2. d. M. verhindert haben würde. Wir sind weit entfernt, zu behaupten, daß nach Durchführung dieser Anordnungen ein der Sicherheit des Verkehrs und den Anforderungen des Publikums entsprechender Zustand auf dem Bahnhof Steglitz hergestellt sein wird. Aber wenn die gegnerischen Blätter die weise Voraussicht der Verwaltung in den Himmel erheben und darauf hinweisen, daß Minister Maybach im Abgeordnetenhaus erklärte, wenn die Berlin-Potsdamer Bahn noch Privatunternehmen wäre, so würde die Staatsregierung keinen Anstand nehmen, auf Grund ihres Aufsichtsrechts die Privatverwaltung zu zwingen, Abhülfe zu schaffen, so muß es doch gestattet sein, zu fragen, weshalb der Minister, nachdem das Abgeordnetenhaus die Forderung für den Umbau des Bahnhofes für jetzt abgelehnt hatte, keine Veranlassung genommen hat, die Staatsbahnverwaltung zur Erfüllung derjenigen Maßregeln zu veranlassen, die anzuordnen nach dem Unglück vom 2. d. M. möglich gewesen ist. Sollten diese Maßregeln Staatsüberschreitungen veranlassen, so wird die Genehmigung derselben von keiner Seite im Abgeordnetenhaus angefochten werden. Die Verwahrungen, welche in der letzten Session von dem Abg. Dr. Lieber sowohl wie von dem Abg. Dr. Hammacher eingelegt worden sind, beziehen sich lediglich auf die Eventualität der Ausführung des vom Abgeordnetenhaus abgelehnten Bauprojektes. Da Minister Maybach selbst eine solche Eventualität im Auge gehabt hat, ist aus seinen Reden nicht zu erkennen. Bemerkenswert aber ist es, daß selbst der Redner der Rechten, Herr v. Minnigerode, nur von der Unanfechtbarkeit einer Erramazregel sprach, die im Augenblick getroffen werden müßte. Weshalb die Verwaltung, obgleich sie von der Gefahr der bestehenden Zustände überzeugt war, diese Extra-maßregel erst jetzt getroffen hat, darüber wird Minister Maybach wohl im Abgeordnetenhaus Auskunft geben.

Der 24. allgemeine Vereinstag der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. (Orig.-Bericht der Pos. Blg.)

Gäblerstadt, 1. September.

VI. Die heutige dritte und letzte Hauptversammlung des Vereinstages war nur noch Angelegenheiten der Konsumvereine gewidmet, deren zahlreich erschienene Vertreter (etwa 70) außerdem, wie auch auf den früheren Vereinstagen, besondere Befreiungen über mehr technische Fragen abgehalten haben.

I. Ein Antrag des Waareneinkaufvereins Görlitz (Referent Verbandsdirektor Schreiber) wurde mit einem durch Krummel-Karlsruhe gestellten Amendment dagegen abgestimmt, daß der Vereinstag es für nicht zulässig erklärte, daß die Lagerhalter der Konsumvereine irgend welche Artikel auf eigene Rechnung angeschafft und im Vereinslokal des Vereins mitverkauft. In der Debatte, an der sich namentlich Dittrich-Rüdersdorf, Behrend-Berlin, Kühne-Hohennolzen beteiligten, wurde ein Begehr in dieser Frage für nothwendig befunden, weil bei manchen kleineren Vereinen, wie auch bei stattgehabten Verbandsrevisionen ermittelt wurde, die Lagerhalter in der That einzelne Artikel zum Beispiel Zuckersachen und Schuhwaren auf eigene Rechnung führen.

II. Eine längere Debatte ergab ein vom Konsumverein Meiningen gestellter und auf einem Amendement Schulze-Neustadt-Magdeburg mit großer Mehrheit angenommener Antrag:

„Es ist gesetzlich geboten, in den Bilanzen der Konsumvereine die etwaigen Spareinlagen oder sonstige Forderungen der Mitglieder von den Geschäftsantheilen derselben zu trennen.“

Der Inhalt dieses von Barnikel-Meiningen sehr sachgemäß befürworteten Antrags wurde von den meisten Rednern (Dietrich Schulze-Neustadt, Oppermann, Sizler, Erbe-Stuttgart, Krüger-Berlin (Verein Biene) und Kaiser-Stuttgart) zwar für selbstverständlich erklärt, allein man erkannte an, daß manchen Verein von der Nothwendigkeit, Geschäftsantheile und Spareinlagen oder überschüssige, nicht abgehobene Dividende, weil sie einen ganz verschiedenen rechtlichen Charakter haben, von einander streng zu trennen, noch nicht überzeugt oder noch gar nicht unterrichtet seien. Man müsse auch vermutzen, daß einzelne Vereine in den statistischen Tabellen für den Jahresbericht solche Mitgliedsforderungen, die nicht zu den Geschäftsantheilen gehören, statt unter Anleben, unter Geschäftsantheile aufgeführt hätten. Einen Theil des Betriebsfonds aus württembergischen Spareinlagen der Mitglieder zu beschaffen, ist vorzüglich in Süddeutschland üblich, während es in den norddeutschen Konsumvereinen mehr und mehr abgesommen ist. Hier wie bei anderen Punkten wurde im Übrigen auf die treffliche Ausführung in Dr. Schneiders kürzlich erschienem Taschenbuch für Konsumvereine verwiesen.

III. Weniger einmütig waren die Vertreter in Beurtheilung

eines durch Pastor Kübne begründeten Antrags des Konsumvereins Hohenmöhlen, wonach den Vereinen empfohlen werden sollte, in ihren gedruckten jährlichen Geschäftsberichten nicht nur „Jahresumfass“, sondern auch den bei der letzten Inventur vorgefundenen Bestand der einzelnen Waaren gattungen anzugeben. Wie natürlich dies für den Einblick in die Geschäftsgesamtheit selbst für Vorstand und Aufsichtsrath des betreffenden Vereins, und wie lehrreich es für die Leiter anderer Vereine sei, konnte nicht bestritten werden. Außer dem Referenten, der bei Vergleichung von etwa 70 Geschäftsberichten nur in denen von Breslau, Neustadt Magdeburg und Tendern jene Mittheilungen gefunden hat, ward der Antrag eifrig von Schulze-Neustadt befürwortet. Dieser machte aber darauf aufmerksam, daß der Empfehlung des vorjährigen Vereinstages, in den Jahresberichten den Umfang der einzelnen Waaren gattungen aufzuführen, in Betreff einer großen Anzahl derselben wohl kaum ein Drittel, in Betreff der hauptsächlichsten Waaren gattungen nur noch ein weites Drittel derjenigen Vereine nachgekommen seien, deren Jahresbericht er erhalten habe, daß also dem heutigen Antrage, wenn er zum Beschluss erhoben würde, wohl nur wenige Vereine nachkommen würden. — Gegen den Antrag wurde, abgesehen von der Arbeitslast, die dadurch in Vereinen mit unbefoldeten Vorstandsmitgliedern diesen auferlegt werde, von einer Seite geltend gemacht, daß es nicht erforderlich sei, zur Kenntnis der konkurrierenden Kaufleute dienten Details des Geschäfts zu bringen, die der einzelne Kaufmann in sein Pult verschließt. Schließlich wurde der Antrag bei Probe und Gegenprobe mit einer sehr geringen Mehrheit abgelehnt. Maßgebend war dabei wohl mehr der Gesichtspunkt, daß man mit statistischen Anforderungen an die Genossenschaften sich in möglichster Weise halten müsse.

IV. Aus den unter dem Vorsitz Oppermann-Magdeburg stattgefundenen Sonderberatungen der Konsumvereinsvertreter ist hervorzuheben, daß man nach langen Debatten auf Anregung des Meiningen Konsumvereins auf den nächsten allgemeinen Vereinstag die Frage verwies, ob ein Konsumverein auf einzelne Waaren im eigenen Geschäfte gar keine oder nicht die volle Dividende geben dürfe. Der Meiningen Verein will dies nur in ganz besonderen Ausnahmefällen zulassen.

Der Erörterung der nächstjährigen Unterverbände wurde die von Rüdersdorf angeregte Frage empfohlen, nach welchen bestimmten Grundsätzen bei Ansammlung des Reservefonds zu verfahren sei, und ob es sich empfehle, die Höhe des Reservefonds nach Verhältniszahlen zu der Summe der Geschäftsantheile der Mitglieder oder zum Gesamtumsatz festzustellen.

Damit waren die Verhandlungen des Vereinstages zum Ende gelangt, nachdem die Halberstädter an den vergangenen Tagen durch Kommers, Konzert und Festessen außerordentlich gut für das Vergnügen der Freunde gesorgt haben, soll heute Abend eine bagatellische Beleuchtung des Bodehales bei Thale erfolgen.

Der Vorsitzende Rizze mache in der Schlussrede auf den kunstvollen Bronzekrantz aufmerksam, der in dem Sitzungssaale an einem Postament der Büste von Schulze-Delitzsch befestigt war; es ist der Krantz, den die italienischen Genossenschaften jüngst für Schulze's Grabstätte in Potsdam gesendet haben. Rizze sprach mit vollem Recht seine Befriedigung über den Verlauf dieses ersten nach Schulze's Tode abgehaltenen Vereinstages aus; insbesondere auch über die höchst würdige Behandlung schwieriger Personalfragen. Sicherlich wird auch dieser Vereinstag ein guter Theil zur Fortentwicklung der genossenschaftlichen Sache beigetragen haben.

Vocales und Provinzielles.

Posen, 6. September.

[Oberschlesische Eisenbahn.] In der gestrigen Sitzung des Verwaltungsraths der Oberschlesischen Eisenbahn wurde beschlossen, die Verstaatlichungs-Offerte der herzögl. Generalverfassung zur Annahme zu empfehlen.

1. Schulinspektion. Dem Pastor Purucker in Pleschen ist die Local-Schulinspektion über die dortige evangelische Bürgerschule übertragen worden.

2. Eine disponibile russische St. Annen-Medaille. Durch den Tod des betr. Inhabers ist die für die Revue 1835 von dem Kaiser von Russland der 1. Kadett (Poln. Lissa) 19. Landwehr-Regiments bewilligte St. Annen-Medaille disponibel geworden. Dieselbe soll an den hierzu Berechtigten weiter vererbt werden, und werden deswegen vom königl. Bezirkskommando zu Rawitsch sämtliche Personen, welche bei obigen Esfadien der Revue 1835 beigewohnt haben, aufgefordert, sich behufs Berücksichtigung bei Vererbung der disponiblen St. Annen-Medaille baldig bei dem Kommando zu melden.

3. Eingeschmuggelte und beschlagahmte Schweine. Am 27. Mai d. J. gegen 11 Uhr Abends wurden nahe der russisch-polnischen Grenze im Kreise Adelnau durch Grenzbeamte mehrere Personen mit 18 aus Russisch-Polen verbot widrig eingeführten Schweinen betroffen, und letztere, während die unbekannten Treiber entflohen, in Beiflag genommen. Gemäß § 60 des Zollstrafgesetzes vom 23. Januar 1838 werden nun Dienstigen, welche einen Rechtsanspruch auf die Schweine, bzw. deren Erlös von 341 M. zu haben vermeinen, von der Provinzialsteuerdirektion aufgefordert, ihre Ansprüche binnen 4 Wochen bei dem königl. Hauptzollamt zu Salmiace geltend zu machen und nachzuweisen, widerfalls mit der Verrechnung des Erlöses nach Maßgabe des erwähnten § 60 verfahren werden wird.

4. Schönsanke, 4. September. [Schulhausbaukasse] Rechnung. Kreisstadt Wahlen. Marktreise. Nach der von dem Gemeindesteuer-Einnehmer Polzin gelegten Rechnung der Schulhausbaukasse (höhere Knabenschule), welche in der letzten Stadtverordneten-Sitzung revidirt, für richtig befunden und entlastet worden ist, und welche sich auf das Rechnungsjahr vor 1882/83 bezieht, schließt dieselbe mit einem baaren Bestande von 302,23 M. ab. Da nach betragen die Bauschulden am 1. April d. J. noch 9530,79 M. welche die Provinzial-Hilfskasse in Posen zu fordern hat und welche mit 5 Prozent verzinst werden, aber bis 1. Juni 1890 abgetragen sein müssen. Außerdem hat die Kämmerei die Schulhausbaukasse 1782,59 M. vorgeschoßen, welche im nächsten Jahre von den Gemeindemitgliedern durch Reparation aufgebracht und abgezahlt werden sollen. — Von der kürzlich in Garniakau tagenden evangelischen Kreissynode wurden zu Mitgliedern der nächsten Provinzialsynode der Pastor Ritter und Bürgermeister Maßly von hier und Pastor Höhne in Garniakau gewählt. — An Stelle des nach Ablauf seiner Dienstzeit ausgeschiedenen Bezirkvorstehers, Bädermeisters und Konditors George wurde der Rentier Kuhmann von hier auf die gesetzliche Dauer von 6 Jahren gewählt. — Der Gutsbesitzer Kannenberg in Lemnitz-Mühle ist als Ortsvorsteher für den Gutsbezirk Lemnitz-Mühle bestätigt worden. Die Kolonisten Meilicke und Watschke aus Grüntal sind als wechselnde Mitglieder des evangelischen Schulvorstandes zu Grüntal und der Eigentümer Klub in Neuorge als wechselndes Mitglied des evangelischen Schulvorstandes in Neuorge gewählt und bestätigt worden. — Während des Monats August d. J. sind auf dem heutigen Marktplatze von 100 Kilogramm Roggen durchschnittlich 14,83 M., für Hafer 12,48 M., für Erbsen 16,25, für Kartoffeln 5,50, für Rübsstroh 2,50 M., für 1 Kilogr. Rindfleisch von der Keule 1 M., für Bauchrindfleisch 90 Pf., Schweinefleisch 1,20 M., Kalbfleisch 65 Pf., Hammelfleisch 1 M. und für geräucherter Speck 2 M. gezahlt worden, während für 1 Kilogr. Eibutter 2,17 M. und für 1 Schod Eier durchschnittlich 2,40 M. erzielt worden sind. An Roggen sind während des Monats August cr. 10,700 Kilogr. und an Hafer 1800 Kilogramm zum Verkauf gestellt worden.

5. Birnbaum, 4. September. [Kreislehrerkonferenz.] Am Montag fand im evangelischen Schulhause zu Großdörfel die diesjährige Kreislehrerkonferenz unter dem Vorsitz des Kreisschulinspektors

Superintendenten Brunow statt. Zu derselben hatten sich 48 Lehrer und 40 Schulinspektoren eingefunden; außerdem wohnten derselben als Gäste der pensionierte Rector Borchard-Birnbaum und Predigtamtskandidat Bippel-Kulm bei. Nachdem dieselbe um 10 Uhr mit dem Chorale: „Wer nur den lieben Gott läßt malen“ eröffnet worden, hielt Lehrer Weiß-Nolten mit den Kindern der Oberstufe eine Proselektion über den Psalm 118: „Es ist gut auf den Herrn vertrauen und sich nicht verlassen auf Menschen.“ Bei der darauf folgenden Debatte führte Pastor Kridau-Zirke den Voritz. Nach Schluß derselben verlas Herr Kridau eine Verfügung der königl. Regierung über die Lutherfeier. Es machte sich die Ansicht geltend, daß zu genannter Feier Lutherbild und Lutherschrift angeschafft werden sollen. Hierauf machte der Vorsitzende Mitteilung von dem Ableben des im vorigen Jahre zu Neumarkt verstorbenen Lehrers Patrich. Nach Entlassung der Schulkinder verlas Lehrer und Kantor Laditzki-Zirke sein Referat: „Wie kann und soll die Schule der zunehmenden Nöthe und Zuchtlosigkeit entgegenwirken?“ Die Arbeit war mit großem Fleife und Ernsthaftigkeit durchgeführt und wurde deshalb mit Beifall aufgenommen. Die Konferenz wurde mit Gebet geschlossen, worauf um 13 Uhr im Ehler'schen Hotel hier selbst ein gemeinschaftliches Diner stattfand, an welchem sich fast sämtliche Konferenzmitglieder beteiligten.

6. Braunschweig, 4. September. [Das hiesige Realgymnasium ist in einer der letzten Nummern der „Boissischen Zeitung“ (vom 28. August) Gegenstand eines längeren Referats, welches der Berichtigung bedarf. Thatache ist leider, daß die Frequenz der hiesigen Schule seit Jahren sinkt und nur noch einige 90 Schüler aufweist. Es sind manigfache Versuche gemacht worden, die Schülerzahl zu vermehren, in letzter Zeit ist auch an die Umwandlung der Anstalt in ein Gymnasium gedacht und ein dahin gehender Antrag der königlichen Regierung unterbreitet worden. Ob die Umwandlung erfolgen und ob sie ev. die gehoffte Wirkung haben wird, scheint uns zweifelhaft. Unseres Erachtens sind außer den allgemeinen Verbünden, welche dem Aufblühen der Realschulen hinderlich sind, für die hiesige besonders zwei Umstände störend geworden: die Erhöhung des Schulgeldes und der Fall des katholischen Religionsunterrichts. In dieser Beziehung müßte Wandel geschafft werden, auch wird die Frage eines Neubaues der Anstalt nicht weiter vertagt werden können, da das jetzige Gebäude (ein altes Kloster) für Schulzwecke durchaus ungünstig ist. Die in der „Boissischen Zeitung“ ausgesprochene Meinung: die Unbeliebtheit einzelner leitender Persönlichkeiten verschuldet das Sinken der Schülerzahl, ist nicht begründet. Hier in Braunschweig haben Behörden und Publikum allzeit den Eindruck gehabt, daß nicht nur die leitenden Persönlichkeiten, sondern alle Mitglieder des Schul-Kollegiums ihre Pflicht erfüllen und sich allgemein der Werteschätzung erfreuen. Die der „Boissischen Zeitung“ in so sonderbarer Form übermittelten Bemerkungen haben deshalb die größte Verwunderung erregt. Sie scheinen auch mehr der Ausdruck persönlicher Verstimmung zu sein.]

7. Bromberg, 5. Septbr. [Landtagsswahl] Bei der heutigen Landtagswahl ist, wie bereits telegraphisch gemeldet, Oberregierungsrath Hahn mit 291 Stimmen gewählt worden. Falckenberg-Chodobin erhielt 82 und v. Komrowski 81 Stimmen. Danach haben sich an der Wahl im Ganzen 459 Wahlmänner beteiligt; zu erscheinen hatten 594, so daß 135 Wahlmänner gefehlt haben. Das Resultat, wie es heute sich ergeben, war vorauszusehen.

Aus dem Gerichtssaal.

* Posen, 6. September. [II. Ferienkammer] Im Laufe des vergangenen und Anfangs dieses Jahres wurden hier selbst verschiedene Bodendiebstähle mit großem Raffinement ausgeführt. Die Ausführung derselben ließ auf einen und denselben Thäter schließen und gelang es endlich, denselben in der Person der Tagelöhnerfrau Magdalena Wozniak zu ermitteln. Der Postillonstau Breiter war nämlich vom Boden ein Überhemde gestohlen worden und schöpfte dieselbe sofort Verdacht auf die W. Bei einer vorgenommenen Haussuchung wurde das Hemde auf dem Leibe des Chemanns vorgefunden. Nunmehr hielten es die Eheleute W. für gerathen, ihre Wohnung zu verlassen, ohne sich ab- bzw. in der neuen Wohnung anzumelden. Erst nach 4 Wochen gelang es der Polizei, den neuen Aufenthaltsort der W. Eheleute zu ermitteln, und wurde nun bei denselben eine eingehende Haussuchung vorgenommen, die zu einem sehr überraschenden Resultate führte. Es wurden aus 6 Bodendiebstählen teils Sachen, teils Pfandscheine über solche Sachen vorgefunden, und beide Eheleute verhaftet. Gegen die Chefrau wurde Anklage wegen schweren Diebstahls in 7 Fällen, gegen den Chemann wegen Begünstigung erhoben. Die Beweisaufnahme ergab, daß sich der Chemann W. um die Geschäfte seiner Chefrau, welche als Waschfrau einen Nebenverdienst hatte, gar nicht gesümmt hat, und wenn er dies einmal wollte, mit groben Redensarten zurückgewiesen wurde, es erfolgte daher seine Freisprechung, während die Chefrau wegen dieser Diebstähle mit Rücksicht darauf, daß dieselben in höchst frecher Weise begangen, und die selbe sich nicht gescheut hatte, armen Witwen und Dienstmädchen ihre geringen Habeseligkeiten zu entwenden, zu zehn Jahren Zuchthaus verurtheilt. — Am 15. Juli d. J. geriet der taubstumme Knecht Anton Osiński aus Witobel, welcher etwas angetrunken war, in einen Streit mit dem Knechte Fräckowiak. Nachdem letzterer von O. einen Stoß erhalten, erwiderte O. denselben so, daß O. zur Erde fiel. O. erhob sich sogleich, stellte sich ruhig vor, hielt sich mit einem Messer (Zydek) in den Hals, so daß der Rebstock zwischen dem Schildknorpel und dem Zungengebin durchschnitten wurde. Diese lebensgefährliche Verlezung hatte nur deshalb nicht den augenblichen Tod des O. zur Folge, weil dieser noch Kräfte hatte, daß sonst die Erstickung herbeiführende Blutgerinnsel ausgestoßen. Nach dem Gutachten des heute vernommenen Sachverständigen hatte sich die Wunde, die einen anscheinend normalen Verlauf nahm, wieder geöffnet und liegt die Besorgnis nahe, daß das Abstoßen abgestorbenen Theile des Schildknorpels die Zuführung der nötigen Luft unmöglich machen werde. Ein glücklicher Zufall wäre es, wenn diese abgestorbenen Theile durch die Wunde herausgerissen, fämiere sie aber in die Lufröhre bzw. in die Lungen, als dann müsse der Tod eintreten, die Sprache würde aber heiser bleiben. Die Staatsanwaltschaft beantragte mit Rücksicht darauf, daß bekanntlich taubstumme Personen eine gewisse Gerechtigkeit haben, Angestellter auch angetrunken war, die Zulassung mildnernden Umstände, jedoch Überschreitung des niedrigsten Strafmales, weil die Lage des früher so kräftigen O. welcher heute schon als ein Jammerkind dastehet, aller Wahrscheinlichkeit nach gezeigt sei, daher eine dreijährige Gefängnisstrafe dafür wohl eine Sühne sein würde. Der Gerichtshof verurteilte den O. nach diesem Antrage. — Unter Ausschluß der Öffentlichkeit wurde der 60 Jahre alte Händler Matias Zalzewski aus Duschnik wegen Vornahme unchristlicher Handlungen an einem Kinde zu einem Jahre Zuchthaus, ferner der Zigarrenarbeiter Andreas Skornia wegen Gotteslästerung, Körperverlezung und Bedrohung zu sieben Monaten Gefängnis verurtheilt.

Landwirtschaftliches.

△ Das soeben zur Ausgabe gelangte Jubiläum der Reichsstatistik bringt die definitive Ernteergebnisse des Jahres 1882/83, welche nunmehr einen Vergleich der Ernteerträge für 5 Jahre gestattet. Das in seinen Erträgen dürfstigste Erntejahr war darnach das Jahr 1880, in welchem nicht allein die Rübenfrüchte, sondern ebenso Pack- und Hülsenfrüchte erheblich hinter dem durchschnittlichen Ergebnis zurückblieben. Als günstigstes Erntejahr kann man dagegen das Jahr 1878 bezeichnen, welches fast in allen Bodenfrüchten einen reichen Ertrag lieferte und damit nicht wenig zur allgemeinen Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse beigetragen hat.

Um den Ernteausfall des Jahres 1882 richtiger zu schätzen, wird man das durchschnittliche Ergebnis der letzten fünf Jahre mit demselben vergleichen müssen, was in nachfolgender Zusammenstellung geschehen ist. Es wurden geerntet:

	Durchschnitt	mit hin
1000 Tonnen:	1878/82.	1882.
Weizen	2370	2553 + 183
Roggen	5853	6390 + 536
Grieß	2172	2256 + 84
Hafer	4360	4508 + 148
Hülsenfrüchte	932	875 - 57
Kartoffeln	21100	18069 - 3031
Kleeheu	6570	5943 - 627
Wiesenbeu	19950	17776 - 2174

Hier nach hat das Jahr 1882 zwar eine ziemlich beträchtliche Kornrente gebracht, dagegen ist der Ertrag in Hafer und Hülsenfrüchten insbesondere aber auch in Futterkräutern sehr hinter dem Durchschnitt zurückgeblieben. Bemerkenswert ist der große Ausfall in der Kartoffelernte, welcher insbesondere die östlichen Provinzen Preußens betroffen hat.

Vermissches.

v. Der siebente deutsche Seminarlehrertag findet in diesem Jahre in Hannover vom 25. bis 27. September statt. Bis jetzt sind folgende Vorträge angemeldet worden: 1. Vom Seminar-Direktor Schieffer in Montabaur: „Was hat das Lehrerseminar zu thun, um an seinem Theile der Fremdwörter nicht zu helfen?“ 2. Vom Seminarlehrer Magnus in Winsen: „Die Methode des geometrischen Unterrichts in Lehrerbildungsanstalten.“ 3. Vom Seminar-Direktor Fries in Neu-Ruppin: „Anteilnahme der Seminare an der Fortbildung der Lehrer, besonders an ihrer Vorbereitung auf die zweite Prüfung.“ 4. Vom Seminarlehrer Hüttermann in Hannover: „Eigenthümlichkeiten des Seminarunterrichts.“

* Breslau, 4. Sept. [Durchgegangene Lehrlinge.] Heute Nachmittag verklarten rothe Plakate dem hiesigen Publicum, daß zwei Lehrlinge des auf der Schmiedebrücke wohnenden Kaufmanns J. Berliner diesem mit 153,000 M. Gold und Wertpapieren gestohlen wurden. Diese Abend durchgegangen sind. Die Hoffnungsvollen Junglinge sind 17 resp. 20 Jahre alt. Auf deren Festnahme event. Zurückstellung der gekohlten Valuta ist eine Belohnung von 1000 M. gestellt. (Bresl. Ztg. vom 5. d. meldet: Soeben erhalten wir von Herrn J. Berliner die Mitteilung, daß ihm die gestohlene Kassette mit den Effekten von Dresden aus zugesandt worden ist. Die Diebe haben sich also mit dem darin vorgefundenen baaren Gelde begnügt.)

* Umschuldig verurteilt. Am 11. November 1878 wurde zu Tonisberg, Kreis Kempen, Rheinprovinz, die Chefrau Leuper in ihrer Wohnung, während der Chemann die Kirche besuchte, ermordet und bestohlt vorgefunden. Der Verdacht fiel auf Mart. v. Rhee, welcher mit dem Mann der Frau Leuper bekannt war und welcher sein Alibi zur Zeit nicht genau angeben konnte. Ein alter Mann dagegen wollte Bellagten in der Nähe der That, etwa 25 Schritte entfernt, bemerkt haben. In der Hauptverhandlung vor Gericht jedoch gab er an, sich doch irren zu können, indem sein Augenlicht nicht mehr ganz zuverlässig sei. Als neuer Beweis wurde folgender Fall angegeben: Etwa 14 Tage nach der Mordthat hatte der Nachbar des Mart. v. Rhee, mit Namen Frank, in Branntweinlaune geäußert, daß er dem Bellagten Martin v. Rhee ein Raftmesser zu der That dargeliehen habe und dieses gleich nach der That vom Bellagten wieder erhalten habe. Von den Zeugen befragt, wo er denn dieses Raftmesser habe, zog Frank demgemäß ein Raftmesser aus der Tasche mit den Worten: „Hier ist dasselbe.“ Frank geriet ebenfalls hierdurch in Haft. Thatächliche Beweise wurden weiter nicht erbracht. Zeugenaussagen, welche höchst ungünstig und irrelevant waren, wurden förmlich bei den Haaren herbeigesogen. Mart. v. Rhee wurde von dem Schwurgerichte zu Cleve, wo diese Verhandlung stattfand, für schuldig befunden und zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Eine Revision gegen das Urtheil wurde verworfen. Das ganze Bestühlm des Verurtheilten ging in den fünf Jahren, wo fortwährend nach neuen Beweismitteln für die Unschuld des Verurtheilten gesucht wurde, für Anwaltslosen verloren. Die Mutter des Angeklagten starb im Kummer über das Unglück ihres Sohnes. Im Vollbürotheim seiner Unschuld wandte sich der arme Mann an den Kaiser und vom Kaiser wurde sofort bestimmt, eine neue Untersuchung einzuleiten. Inzwischen erkrankte der wahre Thäter. Auf dem Todtentbett gestand derselbe die verübte Mordthat ein. Der Mart. v. Rhee hatte aber ungefähr 5½ Jahre in Untersuchungshaft und im Zuchthause abzuhören müssen. Für den inzwischen nach Hamburg übergesiedelten v. Rhee erläßt das „Hamb. Fr. Bl.“ einen Aufruf.

* Humor im Soldatenleben. In der Instruktionstunde fragt der Unteroffizier: „Einjähriger Lange, wodurch unterscheiden sich die Achselflügel der Militärärite von denen der Offiziere?“ Einjähriger Lange: „Die Offiziere tragen auf denselben einen Asklapstab.“ — Unteroffizier: „Ah, was die Herren Einjährigen immer erleben sind! Larifari! Einen Stock mit 'nem Blutegel drum tragen sie als Abzeichen. Verstanden?“ — Einen einsährigen Freiwilligen, der Dr. phil. war, fragt der Unteroffizier: „Aber zum Teufel, wenn Sie doch Doktor sind, warum dienen Sie denn Ihr zweites Halbjahr mit der Waffe und nicht als Arzt?“ „Ich bin aber nicht Dr. medicinae, sondern Dr. philosophiae“, lautet die Antwort. „Ah so!“ erwidert der Vorgesetzte — „ja, wenn Sie es nicht weiter gebracht haben, so müssen Sie auch die Folgen tragen.“ — In Bittau wurden kürzlich in der Mannschaftslücke des Regiments zum ersten Male Carne-pura-Präparate verwendet. Der Soldatenwitz hat für die neue Speise bereits einen geläufigeren Namen erfunden. Er nennt sie „Camera obscura“.

Telegraphische Nachrichten.

Dresden, 5. September. König Albert wohnte der heut

